

Liebe Gäste

**[Folie 1]**

Ich freue mich hier zu sein und bedanke mich für die Gelegenheit über ein Thema zu sprechen, dass uns alle umtreibt und mit deren Umgang sich momentan viele Menschen Gedanken machen. Bevor ich zum eigentlichen Inhalt meines Vortrages übergehe, einige Kleinigkeiten zu mir selbst. Nach dem Studium habe ich einige Zeit in der Evaluation von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit gearbeitet und anschließend an der Universität zu Köln promoviert und verschiedene Forschungsprojekte geleitet. Der Schwerpunkt meiner Forschung sind politische Ideologien, deren quantitative Messung und deren Implementierung in Regierungsverantwortung. Zuletzt zunehmend in Verbindung mit dem Einfluss dezentral verteilter Kompetenzen. Der Frage also wie man Politik macht in Systemen die viele Ebenen mit unterschiedlichen Kompetenzen und zunehmend eben Regierungen mit sehr unterschiedlichen Ideologien haben.

Ein Treiber dieser steigenden politischen Polarisierung sind die rechtsradikalen Parteien. Der Versuch ihrer Ausgrenzung und Verbannung aus dem politischen Diskurs ist in vielen Ländern fundamental gescheitert. Seit der Mitte der 1980er Jahre sind rechtspopulistische Parteien die am schnellsten wachsende Parteienfamilie Europas und haben damit die Grünen als erfolgreichste neue Parteienbewegung abgelöst. Rechtspopulistische Parteien sind heute die stärksten Parteien in einigen Europäischen Parlamenten und haben bis heute auf 32 Regierungsbeteiligungen in nationalen Kabinetten geschafft. Sie sind inzwischen in vielen Ländern die Parteien mit dem größten Zuspruch durch klassische Arbeiter (Häusermann & Walter 2010; Oesch 2008), die Parteienbindung und vor allem die Parteienidentifikation ist in den meisten Fällen höher als die der konventionellen Parteien (Schain 2006). In ganz wenigen Fällen ist es bisher gelungen Identifikation und Wahlverhalten der Wähler dieser Parteien nachhaltig umzukehren. Auch wenn manche Autoren den Zenit dieser Parteien bereits als überschritten sehen (siehe bspw. Mudde 2013), so kann man festhalten, dass populistische, rechtsradikale Parteien die modernen Parteiensysteme nachhaltig verändert haben.

Die Prozesse und Triebkräfte, die zur Erstarkung dieser Parteien beigetragen haben sind vor allem für die Einzelfälle aber auch zunehmend in vergleichender Perspektive gut dokumentiert (zum Beispiel Borschier 2010). Sehr wenig ist hingegen über den konkreten Einfluss dieser Parteien in Regierungsverantwortung geschrieben worden. Der Vortrag heute dient der Schaffung einer Übersicht, eines Abrisses des Einflusses dieser Parteien in Regierungsverantwortung. Also dem was kommt, wenn die Rechten kommen. Dabei sei vorweggenommen, dass nicht alle Details und Aspekte politischen Einflusses in 45 Minuten besprochen werden können. Man möge bedenken, dass allein die verschiedenen Berlusconi-Regierungen in Italien über 1200 Gesetze verabschiedeten und es daher noch einiger Archivarbeit bedarf, dass Wirken rechtsradikaler Regierungen in ihrer Gänze zu erfassen. Hier soll es um einen groben Überblick gehen. Welche Dimensionen von Politik primär betroffen sind und auch wie rechtsradikale Parteien mit dem „eisernen Gesetz der Demokratie“ umgehen. Dieses Gesetz besagt, dass wachsender Erfolg heterogene Wählerschaften bedingt und Parteien in Zielkonflikte laufen, die sie verwundbar machen. Meiner Meinung nach wird der Erfolg der rechtsradikalen Parteien langfristig weniger davon abhängen wie sich zu Fragen der Einwanderung und der inneren Sicherheit verhalten, als vielmehr davon wie sie es bewerkstelligen die notwendige Modernisierung des Wohlfahrtsstaates und einer verantwortungsvollen Wirtschaftspolitik mit den Forderungen ihrer Kernklientel in Einklang zu bringen.

Es geht also um die Handlungen von rechtspopulistischen Parteien in Regierungsverantwortung. Ihr habt mir den Titel gegeben „was kommt, wenn die rechten kommen“. Im Zuge meiner Recherche zur rechten Parteien war ich fast geneigt ein Zitat von HC Strache zu verwenden, dass er im Januar auf der Neujahrstagung der FPÖ verwendet hat um die sog. etablierten Parteien zu charakterisieren: „Ankündigungsriesen und Umsetzungszwerge“. Allerdings will ich diese Aussage nicht polemisch verstanden wissen und direkt mit einem Fragezeichen versehen, denn ich denke, dass zumindest die akademische Literatur den Einfluss rechtspopulistischer Parteien in Regierungsverantwortung deutlich unterschätzt.

### **Ideologische und strategische Genese**

Das es soweit kommen konnte, dass man sich also innerhalb der Grünen mit realen Konsequenzen rechtsradikaler Parteien in Regierungen auseinandersetzen muss ist der erste Hinweis darauf, dass eine politische Bewegung die in den Nachkriegsjahrzehnten als Paria, als geächtet und ausgegrenzt beschrieben werden muss, nicht nur Salonfähig sondern Regierungsfähig geworden ist. Bevor wir zu dem vordringen was rechtsradikale Parteien in Regierungsverantwortung erreichen oder auch nicht erreichen, werde ich eine kurze historische Herleitung ihrer ideologisch und strategisch motivierten Ziele vornehmen.

Im Zuge dessen soll darauf hingewiesen werden, dass sich ihre Programmatik und Wählerschaft in den letzten 30 Jahren stark verändert haben. Aus Anti-Immigrations- und Anti-Steuerparteien sind Parteien geworden die mindestens 5 verschiedene Wählerschichten ansprechen und wenn man ihre strategischen Dokumente der letzten Jahre ernst nimmt darauf abzielen, auch für Teile der gebildeten Mittelschicht wählbar zu werden, letztlich um Regierungsbeteiligungen unter ihrer Führung zu ermöglichen.

Nun gab es historisch betrachtet in Europa bis heute etwa 32 Regierungen mit rechtspopulistischer Beteiligung. Allesamt waren Koalitionsregierungen und mit einer Ausnahme immer in Koalition mit konservativen oder christdemokratischen Koalitionspartnern. Einige von diesen Regierungen waren formale Koalitionen, andere tolerierte Minderheitenregierungen. Weitestgehend unbemerkt von der Weltöffentlichkeit tolerierten rechtspopulistische Parteien konservative Minderheiten-Regierungen in Norwegen und Schweden bereits 1985 und 1991. Die Willoch Regierungen überlebte kein ganzes Jahr und stolperte über ein Misstrauensvotum. Im Gegensatz dazu regierte Carl Bildt Schweden als erste nicht sozialdemokratische Regierung die volle Amtszeit von 1991 bis 1994. Aus dieser Zeit Schlüsse aus dem Regierungshandeln rechtspopulistischer Parteien abzuleiten hätte wenig Aussagekraft für heutiges Regierungshandeln rechtspopulistischer Parteien. Denn rechtspopulistische Parteien haben sich seit den 1980er Jahren stark verändert.

Diese Transformation in Kürze aufzuzeigen ist relative wichtig, denn sie verdeutlicht die ideologischen und strategischen Veränderung rechtsradikaler Populisten. Und nur dadurch werden die politischen Präferenzen dieser Parteien sichtbar an denen wir ihre Regierungstätigkeiten letztlich messen und einordnen können.

### **Ideologische Transformation und Kernforderungen**

Was also sind populistische rechtsradikale Parteien?

**[Folie 2]**

Rechtspopulisten werden als rechts bezeichnet obwohl sie überwiegend, und damit vollkommen im Trend vieler politischer Strömungen, die Rechts-Links Dichotomie ablehnen. Um das Stigma der delegitimierten alten Rechten abzulegen benötigte die neue Rechte zwei zentrale Abgrenzungen gegenüber zwei negativ besetzten politischen Konzepten. 1) die Abgrenzung vom biologischen Rassismus und 2) der Abgrenzung vom Autoritarismus und Hinwendung zur „prozeduralen“ Demokratie. Beides gelang sehr erfolgreich im Frankreich der 1970er Jahre. Hier kam es zu einer Fusion der „nouvelle droit“ und den populistischen *Pujadisten*. Das neue zentrale Element der radikalen Rechten ist damit inhaltlich ein sog. „ethno-pluralismus“ der Identität des einzelnen vor allem als Teil einer homogenen ethnischen oder völkischen Gruppe begreift. Diese Gruppen sind nicht zwangsläufig national und auch nicht hierarchisch geordnet. Das primäre Ziel ist kulturelle Homogenität.

Der populistische Aspekt dieser Bewegung begreift diese Kultur als gegenwärtig im „einfachen Bürger oder kleinen Mann“ und positioniert sich gegen die Eliten. Diese Einbettungen der kulturellen Homogenisierung in einen populistischen Rahmen führen zu zwei wichtigen strategischen Implikationen für die neuen rechtsradikalen. Erstens, die Elite muss als korrupte und homogene Einheit porträtiert werden und „das Volk“ ebenfalls als homogene Einheit deren natürliche Interessenvertretung nur rechtsradikale Parteien sein können. Letzteres geht mit einem häufig unterschätzten psychologischen Mechanismus einher. Dem Volk wird jegliche Verantwortung entzogen, keine Anpassung erwartet und jegliches Übel den Eliten zugeschrieben. In einer sich schnell wandelnden Welt mit politischen Kräften die permanent Forderungen stellen und Anpassungen erwarten ist die psychologische Bedeutung des populistischen Freispruchs für die „kleinen Leute“ kaum zu überschätzen. Der erste der diesen psychologischen Aspekt systematisch praktiziert hat ist Silvio Berlusconi (Orsina 2014).

Der ideologische Kern der neuen Rechten verbindet Nativismus und Populismus. Nativismus meint die Betonung des Unterschiedes zwischen dem Eigenen und den Fremden und der legitimen Priorisierung der eigenen Gruppe. Populismus wie bereits erwähnt erweitert das eigene um den Begriff des homogenen Volkes und grenzt dieses von der homogenen korrupten politischen Elite ab. Es gibt eine erweiterte Konzeption von Populismus, der darauf verweist, dass Populisten auch die Werte der Eliten ablehnen und bekämpfen. Letztere Unterscheidung trifft allerdings für viele rechtsradikale Parteien nicht zu. Vielmehr sehen sich viele als Verteidiger der landestypischen oder regionaler Werte, die sie durch primär muslimischen Einwanderer bedroht sehen. Was diese Werte sind, variiert dabei entsprechend stark und kann von tradierten volkstümlichen Werten bis zur Verteidigung der liberalen Gesellschaft und der Emanzipation der Frau reichen. Die Wahrnehmung einer Bedrohung durch den Islam wird dabei weitestgehend geteilt.

Die Ablehnung des Erbes der 1968er, im Kern Multikulturalismus und „Gender-Wahn“, wie die rechtsradikalen es nennen, kann ebenfalls als Konstante betrachtet werden, zumindest wenn man von den niederländischen Rechtspopulisten absieht. Konsequenterweise ergeben sich aus dieser kulturellen Dimension ihrer Ideologie, die Ablehnung von Einwanderung, die Bevorzugung der „eigenen“ Bevölkerung“, und die Ablehnung von Multikulturalismus und häufig auch die Ablehnung eines emanzipierten Familienmodells. Hieraus leitet sich eine strikte Einwanderungspolitik und die Benachteiligung von Minderheiten ab, eine starke Fokussierung auf das Thema Sicherheit, welches mit Immigranten in Verbindung gebracht und eine Ablehnung der kulturellen Globalisierung und ihrer politischen Symbole – der USA und Europa. Diese ideologischen Elemente der neuen rechten sind hinlänglich bekannt und gut sichtbar. Sie sind auch das Kernthema ihrer Parteien und das

Thema wofür sie die größten Zustimmungswerte bekommen. In den dominanten politischen Theorien des Parteienwettbewerbes sprechen wir von „Issue Ownership“. Die Parteien besitzen das Thema und ihnen wird Kompetenz in dieser Sache zugeschrieben. Normalerweise profitieren „issue owner“ stark von der öffentlichen Sichtbarkeit ihres Themas. Seit den 1980er Jahren arbeitet die neue Rechte aktiv an der öffentlichen Sichtbarkeit des Themas Immigration und ihrer negativen Konnotation durch die Verbindung mit dem Thema Kriminalität, Arbeitsplatzverdrängung und mangelnder kultureller Anpassung. In der Regel werden Think Tanks gegründet, diese platzieren die Thematik in der Öffentlichkeit, später wurden auch eigene Zeitungen gegründet, die in manchen Ländern wie Dänemark und Frankreich inzwischen extrem auflagenstark sind. Jüngst sind neue Medien und insbesondere Twitter ein beliebtes Medium, mit denen versucht wird die Aufmerksamkeit auf ihre Kernthemen zu lenken.

Zusammengefasst ist das Kernthema der radikalen Rechten die kulturelle Identität. Sie folgt im Grunde einem naiv romantischen Leitbild des „ethnischen Pluralismus“ und propagiert kulturell homogene politische Räume. Daraus leiten sich folgende politische Ziele ab: Verminderung oder Umkehrung der Einwanderung (Anti-Asyl, Anti-Immigration, Wohlfahrts-Chauvinismus, Ablehnung des Multikulturalismus, Stigmatisierung von Minderheiten und Kriminalitätsbekämpfung mit Schwerpunkt auf Migranten). Dieses Thema ist eine Konstante des rechtsradikalen Diskurses und hat sich über Zeit kaum verändert.

### [Folie 3,4]

Fast spannender ist daher ihrer Entwicklung auf der sog. ökonomischen Dimension. Bis in die 1990er Jahre galten Rechtspopulisten als neoliberal. Der Parteienforscher Herbert Kitschelt bezeichnete die Kombination aus Anti-Immigration und neoliberaler Wirtschaftspolitik als „winning formula“ (Kitschelt 1995; siehe De Lange 2007 für ein kritisches Update dieser These), die den Aufstieg der Parteien in der Wählergunst in den 1980er und 1990er Jahren erklären sollte. Die zunächst neoliberale Haltung diente ökonomisch ihrer Kernklientel dieser Zeit, der sog. „petit Bourgeoisie“, des Klein-Unternehmertums. Üblicherweise geht sie einher mit der Forderung nach geringeren Steuern für Unternehmer, Förderung von Unternehmensgründung einen schlanken Staat und auch einem schlanken Sozialstaat. Die elektoralen Grenzen dieser Klientel sind für liberale Parteien, die sich in einigen Fällen zu rechtsradikalen transformiert haben gut bekannt.

Die meisten rechtsradikalen Parteien weiten seit den 1980er Jahren ihre Wählerbasis systematisch aus. Die anvisierten Wähler sind, neben der Petite Bourgeoisie, „kleine Leute“ (Arbeiter mit geringen Einkommen), Nichtwähler, Protestwähler und Rentner. Der sich ausweitende Erfolg der Rechten baut auf der erfolgreichen Mobilisierung der beschriebenen Wählergruppen. In vielen Ländern sind die rechtsradikalen heute die Parteien mit den meisten Stimmen aus der Arbeiterschicht (Oesch 2008, 349-350).

Die Gründe für deren erfolgreiche Mobilisierung liegen auf der Hand und sind primär durch eine sinkende Parteien- und Gewerkschaftsbindung, Vernachlässigung durch die Sozialdemokratie und die steigende Bedeutung kultureller und konservativer Themen zu erklären. Die wachsende Bedeutung dieser Wählerschichten hat aber nachholend auch zu einer programmatischen Neuorientierung der rechtsradikalen geführt. Einzelne Aspekte des Wohlfahrtsstaats werden inzwischen vehement verteidigt. Dabei ist es eine spezifische Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates der zwei Kriterien genüge tut. 1) Priorisierung der eigenen Bevölkerung (Nativismus als Wohlfahrts-Chauvinismus) und 2). Verdienstlichkeit (deservingness). Natürlich fallen beide Aspekte mit den Interessen ihrer Klientel zusammen. Arbeiter mit niedrigem Bildungsstand aber festen Beschäftigungsverhältnissen sowie

Rentner sind die großen Profiteure beitragsbezogener Sozialversicherungen und rechtsradikale Parteien verteidigen ihren Status gegenüber sog. „outsidern“ und Immigranten.

Konsequenterweise sind die zentralen Politikfelder die Verteidigung der Rente für Inländer (insbesondere Mindestrente), des Gesundheitswesens und der Arbeitslosenbezüge für Ältere, die Bevorzugung von Inländern auf dem Arbeitsmarkt und generöse Ausgaben für Familien im traditionellen Sinne um die Arbeitsmarktintegration von Frauen zu vermindern. Europäisierung und Globalisierung werden als größte Bedrohung ihrer Klientel als auch der Vision einer homogenen Gesellschaft identifiziert und entsprechend abgelehnt.

Es bleiben aber auch Teile des neoliberalen Erbes in den Forderungen der Rechten. Deregulierung des Arbeitsmarktes und Steuersenkungen vor allem aber die die Zurückdrängung bzw. Neuorganisation institutionalisierter Einflüsse, wie Gewerkschaften, Medien und Gerichten. Das Verhältnis zu Gerichten und Medien verweist auf einen weiteren Aspekt. Anders als die alte autoritäre Rechte verkauft sich die neue Rechte demokratisch. Sie verweist auf ihre Nähe zum Volk, ihre Distanz zu abgehobenen Eliten und symbolisiert diese Nähe durch ihr starkes Eintreten für Volksabstimmungen bzw. Referenden. Die Betonung von direkter Demokratie passt zu ihrem Primat der prozeduralen Demokratie. Allerdings sind die neuen Rechten keine Vertreter der sog. „substantiellen Demokratie“, diese hat ihren Schwerpunkt in der Gewaltenteilung und einer starken Verfassung mit ausgeprägtem Minderheitenschutz und individueller Rechte. Die neue Rechte ist ein Freund prozeduraler Demokratie und ein Feind der liberalen oder substantiellen Demokratie.

Wir haben wenige historische Beispiele in denen rechtsradikale Parteien ihre Ideologie barrierefrei implementieren können. Vielmehr sind ihre natürlichen Koalitionspartner in der Regel konservative Parteien und mit der wachsender elektoralen Bedeutung rechtsradikaler Parteien und Transformation auch Christdemokraten und Sozialdemokraten. Insbesondere die wirtschafts- und sozialpolitischen Präferenzen stellen diese Parteien vor schwierige Balanceakte in Koalitionsregierungen.

Zusammengenommen führt all das zu zunehmend ambivalenten politischen Präferenzen, die die Probleme von Einwanderung und Integration erschwert aber nicht löst, die in Teilen teure und altmodische Aspekte des Sozialstaates verteidigt und deren Zuweisungen auf die eigene Klientel konzentriert. Bei der parallelen Umsetzung von weitreichenden Steuersenkungen, Entlastungen und Förderungen von kleinen und mittelständischen Unternehmen und hohen Sicherheitsausgaben. Sollten sich diese Präferenzen in Politik niederschlagen, dann müssten wir von „unverantwortlicher Regierungsführung“ sprechen. Denn die Verteidigung teurer Wohlfahrtskomponenten in Kombination mit weitreichenden Steuersenkungen sollte primär in Staatsdefiziten enden. Neben hohen Defiziten wird der mühsame Kompromiss der etablierten Parteien der Transformation hin zu einem aktivierenden und modernen Wohlfahrtsstaat von rechtsradikalen Parteien systematisch unterlaufen. Wir werden am Ende dieses Vortrages auf diese Aspekte zurückkommen und analysieren, ob Regierungen mit rechtsradikaler Beteiligung systematische Auswirkungen auf die Performanz von Staaten haben. Ob sie also historisch irgendetwas „great again“ gemacht haben.

## Die Fälle

### [Folie 5]

Nun kann man wunderbar darüber streiten welche genauen Kriterien die neue Rechte charakterisiert, ob wir sie Rechtspopulisten, populistische rechtsradikale, Neue Rechte oder sonst wie nennen sollen.

Ob Nativismus und Populismus zur Abgrenzung ausreichen oder ob wir weitere Merkmale hinzunehmen müssen um diese Parteienfamilie zu definieren. Es gibt in der akademischen Debatte bisher 26 verschiedene Begriffe. Ich halte mich an den englischen Begriff der *Populist Radical Right Parties*. Die Begriffsbildung ist nicht unwichtig, doch beobachten wir am Ende des Tages, dass trotz aller definitorischen Feinheiten immer die gleichen Parteien in der Liste auftauchen. Von diesen Parteien habe es einige in Regierungsverantwortung geschafft und diese möchte ich kurz vorstellen.

### [Folie 6]

Wie bereits angedeutet ist die Wirkung rechtsradikaler Parteien in Regierungsverantwortung vielschichtig und alles andere als historisch aufgearbeitet. Ich nehme daher eine analytische Vereinfachung vorher und trenne zwischen Einwanderungspolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Analyse bezieht sich auch nur in Teilen auf eine vollständige und systematische Auswertung von Regierungshandeln, sondern bleibt häufig anekdotisch, also durch einzelne Beispiele inspiriert.

### **Einfluss im Kernthema – Immigrationspolitik**

#### *Beispiel Lega Nord:*

Nach Jahrzehnten des Reformstillstandes hatte die erste Berlusconi Regierung die Ausweisung von Migranten leicht erhöht. Ironischerweise war es aber die Mitte-links Regierung unter D'Alema welche 1998 eine weitreichende Einwanderungsreform durchsetzt (Fini-Landi Bill), die den Zuzug von Migranten für Beschäftigung in Italien sicherstellen und zugleich die illegale Einwanderung verringern sollte. Die Reform wirkte stärker als es die Regierung eingeschätzt hatte, führte zu massiven Ausweisungen und verminderter illegaler Einreise. Die Linke erschrak vor sich selbst und überließ das Thema der Lega Nord, die mit ihrem Vorschlag für die Regionalwahlen im Jahr 2000 die Abschaffung des Gesetzes No 40 (1998) und eine massive Verschärfung, wenn nicht Einstellung der Einwanderung forderte. Immigration wurde erstmals eine Entwicklung porträtiert, die die soziale Ordnung Italiens unterminiert und Staaten zu Spielbällen internationaler Märkte macht. Die neuen Vorschläge orientierten sich an dem deutschen Gastarbeiter-Gesetz, welches kein permanenter Aufenthalt von Immigranten vorsieht. Immigration dient dem internationalen Kapitalismus, zerstört die soziale Ordnung, erhöht die Kriminalität und erhöht den Anteil der Menschen im Land, die Links wählen (Colombo & Sciortino 2003). Nachdem Berlusconi die Regierungsgeschäfte im Juni 2001 antrat folgte das Einwanderungsgesetz keine 5 Monate später und war am Ende nur eine leichte Modifikation des Gesetzes No 40 (1998). Die einzig wirkungsvollen Änderungen waren die Verschärfung der Bedingungen für permanente Visa durch die Erhöhung der Residenzpflicht von 5 auf 6 Jahre. Die Wirkung des Bossi-Fini Gesetzes (189, 2002) hat weniger eine effektive Wirkung auf die Einwanderung als eine symbolische. Da sie die ethnische Komponente des Primaten des italienischen Angestellten hervorhebt und den geläufigen Respekt vor Angestellten andere Länder komplett ablegt – sie im besten Fall zum notwendigen Übel erklärt. Eine effektive geschweige denn humanitäre Zugangssteuerung wurde nicht erreicht, sondern tendenziell ein hoher Druck für weitere illegale Einwanderung geschaffen und hoher administrativer Aufwand für die Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen. Letztlich wurde parallel im Schatten der Öffentlichkeit fast eine komplette Amnestie illegaler Pflege- und Haushaltskräfte durch die Koalitionspartner durchgesetzt. Während Angestellte in anderen Bereichen vor hohen administrativen Hürden stehen. Symbolisch wurde vor die Abnahme von Fotos und Fingerabdrücken, sowie die Aufrüstung maritimer

Kontrollen in den Vordergrund gerückt.

*Beispiel Dänische Volkspartei:*

Im Juni 2002, nur 7 Monate nach der Übernahme der Regierung durch Fogh Rasmussen hat die Danish Peoples Party, die die Liberale Partei tolerierte, weitreichende Einfluss auf die Einwanderungspolitik durchgesetzt. Immigranten haben nun erst nach 7 Jahren Anspruch auf Arbeitslosengeld. Asylanträge können nur noch in Dänemark selber gestellt werden. Krieg und Hungersnöte sind keine Anspruchsgrundlagen für Asyl mehr. Der Familiennachzug wurde massive verschärft. Unter 24 Jahren gibt es keinen Anspruch auf Nachzug mehr (Begründung Zwangsehen). In beinahe allen anderen Ländern mit rechtsradikaler Regierungsbeteiligung kam es zu einer Verschärfung der Einwanderungspolitik, die in der Regel folgende Komponenten enthielt.

1. Verschärfung der Residenzpflicht.
2. Verschärfung der Asylbedingungen.
3. Erleichterte Abschiebung und Ausweisung.
4. Erschwerter Familiennachzug.
5. Erschwerter Anspruch auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen für Migranten.

Andere Autoren argumentieren, dass Länder ohne RRP in der Regierung vergleichbare Verschärfungen der Einwanderungspolitik vorgenommen haben. Insbesondere konservative Parteien würden hier die Rolle von RRP's einnehmen (Akkermann 2012). In wieder anderen Ländern hat die elektorale Stärke der RRP's eine Anpassung der Volksparteien bewirkt somit indirekt die Einwanderungspolitik stark beeinflusst (siehe Schain 2006 für den französischen Fall oder auch der Asylkompromiss in Deutschland 1993). Aktuelle Regierungen wie Orban in Ungarn und Trump in den USA verdeutlichen, dass es unter Bedingungen mit absoluten Mehrheiten eine noch verschärfte Einwanderungspolitik möglich ist. Orban hatte beispielsweise ein Referendum über Handys abgehalten in dem er die Zustimmung für den Bau des Zaunes und damit die komplette Abschottung der Außengrenze legitimierte.

Ziele und Implementierung im Nexus von Einwanderungspolitik und Sicherheitspolitik sind relative eindeutig und zeigen nur geringe Inkonsistenzen auf. Hier wäre der reale Umgang mit Einwanderern ohne Aufenthaltsgenehmigung zu nennen. Dort wo ernsthafte Versuche der Massenausweisung versucht wurden (Lega Nord in Italien) wurden Pflegekräfte und Haushaltshilfen im großen Stil „heimlich“ eingebürgert. Ein Bindeglied zur Politik in den Feldern Wirtschaftspolitik und Wohlfahrtsstaat ist der Wohlfahrtschauvinismus.

### **Einfluss auf die Rentenpolitik**

Die Wählerschaft rechtsradikaler Parteien besteht zunehmend aus Rentnern, unterdurchschnittlich gebildeten Arbeitsmarkt „Insidern“ als auch Kleinunternehmern. Ich werde zunächst die daraus abgeleitete und realisierte Politik skizzieren und argumentieren, dass eine an dieser Klientel ausgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik die Modernisierung des Wohlfahrtsstaates unterminieren und im Zweifel zu starker Staatsverschuldung führen kann.

*Beispiele Italien, Schweiz, Österreich und Niederlande:*

Die Lega Nord spielte eine zentrale Rolle in der Rentenreform im zweiten Berlusconi Cabinet. Der zentrale Konflikt war das Senioritätsprinzip im Gegensatz zu Bonuszahlungen für öffentlich Beschäftigte. Die Lega Nord setzte sich zudem für eine verbesserte Beitragsbemessung für Selbstständige ein (Zaslove 2011). Die Lega Nord setzte sich in der Rentenreform weitestgehend durch, Selbstständige und Kleinunternehmer wurden bessergestellt, die Rentenerhöhung Pensionen eingefroren und die Beiträge von Teilzeit und befristet Beschäftigten erhöht. Zudem wurde die Zustimmung zur Rentenreform an die Föderalismus-Reform gebunden (Zaslove 2011, 182-184). Letztere verweist auf die erweiterte Komplexität in dezentralisierten Systemen in denen neben Interessen von Wählergruppen noch territoriale Präferenzen treten. In diesen Prozessen wurden Gewerkschaften weitestgehend ausgeschlossen, was zu partiellen Demonstrationen und Protesten führte.

Ich weiß nicht ob sie sich erinnern aber in der Mitte der 1990er war es Jörg Haider der gegen die geplante Rentenreform der großen Koalition wettete. Diese hatte massive Rentenkürzungen durch eine Reihe von Instrumenten zum Inhalt. Haider bezeichnete diese als unsozial und unverantwortlich (Schludi 2005, 170). Massiver Widerstand der Gewerkschaften und deren Vertretung innerhalb der SPÖ verhinderten verschiedene Anläufe zur Reform. Die ÖVP realisierte, dass eine weitreichende Reform mit der SPÖ nicht zu machen war. Die folgende ÖVP-FPÖ-Koalition machte einen erneuten Anlauf einer weitreichenden Rentenreform zu einem wichtigen Element in ihrem Regierungsprogramm im Jahr 2000. Das wichtigste Ziel der FPÖ war allerdings die Auflösung der Sozialpartnerschaft, von der sie zuvor systematisch ausgeschlossen war. Zusammen mit der ÖVP wurden mehrere Rentenreformen verabschiedet, für die die FPÖ einen hohen elektoralen Preis zahlte. Renter und Arbeiter wendeten sich in einer Serie von Regionalwahlen wieder der SPÖ zu. Dies führte zu internen Spannungen und letztlich zum Fall der Regierung. Im folgenden Wahlkampf forderte die FPÖ einen Mindestlohn von 1000€ und Steuersenkungen für Geringverdiener um die verlorenen Wähler zurück zu gewinnen (Muller et al. 2004, 164). Der nächste Anlauf einer weitreichenden Rentenreform im Jahre 2003 führte erneut zu internen Spannungen innerhalb der FPÖ und Haider bezichtigte die Politik des damaligen FPÖ-Finanzministers Karl-Heinz Grasser als zu neoliberal und zu belastend für die „kleinen Leute“, die er als elektorale Basis der FPÖ bezeichnete (Standard 2003). Seitdem hat sich die FPÖ in ihrer Rentenpolitik konsequent nach „links“ bewegt. Forderungen wie der Inflationsausgleich für Renten stehen symbolisch für diese Entwicklung.

In den Niederlanden gab es eine vergleichbare Dynamik primär um die Frage des Renteneintrittsalters. Nach langem hin und her und der Verschlechterung der ökonomischen Situation in den Niederlanden wurde eine erneute Verringerung des Renteneintrittsalters von der CDA und VVD vorgeschlagen. Wilders und die PVV verließen daraufhin die Regierung und führten zu deren Sturz. Wilders begründete die Entscheidung, dass er seinen Wählern bei diesen Rentenkürzungen nicht mehr hätte in die Augen schauen können. Diese Austeritätsprogramme seien nicht im Interesse der PVV-Wähler (Afonso 2016, 284).

Die Schweizer SVP weicht dahingehend von den anderen rechtspopulistischen Parteien ab, als dass sie hartnäckig Rentenreformen unterstützt und mit propagiert hat die ihrer eigenen Wählerbasis widerstreben. Beispielsweise wurde im May 2004 eine weitreichende Rentenreform durch einen Volksentscheid abgelehnt, die die SVP stark propagiert hatte. Im Laufe der Zeit kam die SVP dann aber zu der Erkenntnis ihre Wohlfahrtsstaat-Präferenzen nicht mehr so sichtbar zu machen. Oder in den Worten eines SVP Mitgliedes: „ In welfare state reform we have invested a lot of energy, but one has to admit that we have often lost. This is why we don't really put forward health policy reform, in which we have often lost, or the welfare system in general. This does not mean that we don't fight



for it with the same state of mind. But when it comes to leading an electoral campaign, it is clear that we have a strategy to lead the battle where it suits us, that is, immigration and public safety issues“ (aus Afonso 2016, 287).

Viel grundsätzlicher kann man sagen, dass es in der Schweiz wie in vielen anderen europäischen Ländern in den 1990ern einen sog. „Modernisierungskompromiss“ gab. Linke und rechte einigten sich auf die Reduzierung der traditionellen Sozialpolitik und stärkten den aktivierenden Teil des Wohlfahrtsstaates (Fossatti & Häusermann 2014, 598). Grüne und Sozialdemokraten waren bereit für eine Ausweitung des aktivierenden Teils (Kitas, Qualifizierung, Gleichberechtigung etc..) andere kostspielige Sozialprogramme zu reduzieren. Das Erstarken der SVP hat zu neuen Koalitionen geführt die gegen die Aktivierungskomponente der Grünen und der Sozialdemokraten läuft. Diese Beobachtungen lässt sich für die meisten Fälle machen, in denen rechtsradikale Parteien signifikante Stimmenzuwächse verzeichneten. Letztlich hat sich die Arithmetik der Koalitionsmöglichkeiten verschoben. Aus großen Koalitionen mit gelegentlicher Beteiligung von Grünen in der Regierung wurden Koalitionen aus Konservativen und Rechtsradikalen. Letztere haben die in sie gesetzte Erwartungen als Partner für die Reduzierung von Sozialausgaben und Deregulierung aber nur sehr partiell erfüllt (Röth et al. 2017). So lässt sich systematisch zeigen, dass Sozialausgaben unter rein konservativen Regierungen sinken, sobald rechtsradikale Parteien in der Regierung sind verschwindet dieser Effekt und die Sozialausgaben bleiben mindestens konstant. Zugleich werden aber tendenziell Steuersenkungen und Arbeitsmarktderegulierungen durchgesetzt.

### **Deregulierung des Arbeitsmarkts**

Ein typisches Beispiel für die Haltung rechtsextremer Parteien zur Arbeitsmarktpolitik ist die SVP. In den 1990er Jahren fanden die wichtigsten Parteien in der Schweiz einen Kompromiss zur Modernisierung der Arbeitsmärkte. Der Bezug von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung wurde stärker an Aktivierungsmaßnahmen geknüpft und zudem wurden verschiedene Gender-Gerechtigkeitskomponenten in der Reform berücksichtigt (Häusermann et al. 2004, 45). Die einzige Partei die die Lösung kritisierte war die SVP. Arbeitslosigkeit sollte durch Deregulierung und nicht durch teure Aktivierungsmaßnahmen gesenkt werden. Blocher schlug sogar eine Bezugsreduzierung von 40% innerhalb der ersten 40 Tage als Anreiz zur Arbeitssuche vor. Einzig alte Menschen sollten Anspruch auf Weiterbildungsprogramme haben. 1999 kann als Wendejahr in der Schweiz betrachtet werden, weil die SVP erstmals mehr Stimmen als die FDP erhielt. Die SVP übernimmt 14% der FDP Wähler und drängt diese zu einem ökonomischen Rechtsruck, der Kompromisse zwischen Links und Rechts hinsichtlich der Arbeitsmarktreformen in der Folge unmöglich macht. 2001 wurde dann unter der Führung der SVP eine Arbeitsmarktreform durchgesetzt, die die Anspruchsdauer verringert und den Bemessungszeitraum ausweitet. Eine weitere Reform im Jahr 2010 reduziert die Anspruchsgrundlagen von Arbeitern unter 30 weiter. Die Mehrheitsverhältnisse hatten sich also im Zuge der 1990er Jahre durch das Erstarken der SVP massiv verändert. Während vorher Kompromisse der alten Volksparteien Aktivierungs- und Gender Komponenten gegen Kosteneinsparungen tauschten, gibt es auf Druck der SVP seit Ende der 1990er eigentlich nur noch Mehrheiten für reine Kostensenkungen und Deregulierung. Auch in Italien war die Lega Nord ein Treiber hinter massiven Arbeitsmarktderegulierungen, den sie zusammen mit der FI als viel zu rigide betrachteten (Zaslave 2011).

### **Schlussfolgerungen zum Wohlfahrtsstaat und Arbeitsmarkt**

Das neoliberale Erbe der rechtsradikalen Parteien wird partiell bewahrt und führt zu neuen Machtkonstellationen in all den Ländern, die starke rechtsradikale Parteien hervorbringen. Die Rechten lernen, dass die Wähler die sie über das Thema Immigrationspolitik gewinnen verschiedene Präferenzen hinsichtlich anderer Politikbereiche haben und passen sich pragmatisch an. Den stärksten Einfluss haben Rentner und gering gebildete Arbeiter (oft männlich) mit unbefristeten Arbeitsverträgen. Diese sorgen dafür, dass Belastungen und Einsparungen überwiegend Arbeitsmarkt Outsider und jüngere Treffen. Aktivierungs- und Gleichstellungspolitik wird in dieser Konstellation nicht mehr durchgesetzt. In anderen Bereichen unterstützen rechtsradikale Parteien in Regierungsverantwortung eine neoliberale Deregulierungspolitik, die Privatisierungsprogramme zusammen mit Konservativen Parteien unterstützt und versucht Gewerkschaften aus den Prozessen der Sozialpartnerschaft heraus zu halten bzw. eigene Gewerkschaften zu gründen.

Insgesamt kann man also festhalten. Die Tendenz hin zu einer Entwicklung von aktivierenden Arbeitsmärkten mit geringerer Diskriminierung von Frauen und Minderheiten wird durch die elektorale Stärke der rechtsradikalen ausgebremst. Stattdessen wirft ihre parlamentarische Präsenz und ihre Regierungsbeteiligungen den Wohlfahrtsstaat in seine alte politische Rolle zurück. Rechte Parteien werden wieder zu reinen Sozialstaats-Kürzungsparteien. Ironischerweise, gelingen diese Kürzungsvorhaben empirisch nicht, weil rechtsradikale Parteien zwar Kürzungen zustimmen, diese aber mit der Verteidigung sehr teurer Rentenpolitik mindestens kompensieren. Zusammen mit einer Steuerpolitik die eigentlich nur Steuersenkungen (insbesondere für Kleinunternehmer) vorsieht, fällt die gesamte Haushaltsbilanz von Regierungen mit rechtsradikaler Beteiligung nicht sonderlich gut aus.

Ich habe in einem statistischen Model die Wachstums- Beschäftigung und Verschuldungsentwicklung von Regierungen verglichen. Wenn man externe Bedingungen wie Exportentwicklung, Gewerkschaftsdichte, Kapitalzulauf und weitere Indikatoren kontrolliert, dann ergibt sich folgendes Bild: Während Beschäftigungs- und Wachstumsentwicklungen nicht systematisch von anderen Regierungen abweichen, verzeichnen Regierungen mit rechtsradikaler Beteiligung einen systematischen Anstieg der Staatsverschuldung von durchschnittlich 16% gegenüber den Altlasten innerhalb einer Regierungsperiode.

### [Folie 8]

#### *Aktuelles Beispiel: geplantes Budget von Donald Trump*

Der Haushaltsentwurf von Donald Trump wurde in den letzten Tagen vorgelegt und zeigt eindeutige Tendenzen für die Politik der nächsten Jahre in den USA. Vereinfacht kann man sagen, das Militär-Budget wird um 10% erhöht und dafür werden 10% an anderer Stelle eingespart. Drastische Einsparungen gibt es im Bereich Bildung, erneuerbare Energien, Gesundheit, Wohnungsbau und Entwicklungshilfe. Aktivierungsmaßnahmen im Arbeitsmarkt sollen gekürzt werden, die Rentenausgaben bleiben unberührt. Für all die Kulturinteressierten sei hinzugefügt, dass die NEA und die NEH, also die größten Fördertöpfe für Geisteswissenschaften und Kultur in den USA komplett gestrichen werden sollen (s. 5). Die Republikaner befinden sich ähnlich wie die AFD in Deutschland noch sehr am Anfang der Lernkurve und werden realisieren müssen, dass Teile ihre Wählerschaft nicht mit dem ökonomischen und sozialpolitischen Vorhaben übereinstimmen können. Der Versuch der Abschaffung des Affordable Care Acts wird hier nur ein erstes Beispiel sein. Dem neoliberalen Teil der Republikaner geht die neue Gesetzesinitiative nicht weit genug, Vertreter der inzwischen breiten Arbeiterschicht republikanischer Wähler sehen in ihr eine ernsthafte Bedrohung der Gesundheitsversorgung ihrer Klientel.

### **Die Veränderung von Machtstrukturen**

Eigentlich alle rechtspopulistischen Regierungen versuchen die etablierten Machtstrukturen zu verändern. Reformen in dieser Stoßrichtung betreffen die politischen Organe die über Jahre, teils Jahrzehnte mit Personal besetzt wurde welches zumindest die Zustimmung der etablierten politischen Kräfte bekommen haben musste. Die zentralen Angriffsziele sind Medien, die Gerichtsbarkeit und Gewerkschaften. Insbesondere die Angriffe auf etablierte Medien und die Gerichtsbarkeit werden dabei als Angriff auf den liberalen Teil der Demokratie verstanden und lösen in der Regel massive Gegenbewegungen aus. Das was wir heute in den USA oder in Polen beobachten war in Italien bereits 2002 vergleichbar mit *Girottoni Protesten* sichtbar.

### **Schlussfolgerungen und Ausblick**

#### **[Folie 9]**

Rechtsradikale, populistische Parteien haben es in den meisten europäischen Ländern geschafft von einer Position der Ausgrenzung, Salonfähigkeit und Regierungsfähigkeit zu erreichen. Sie sind die erfolgreichste neue Parteienbewegung seit den 1980er Jahren und haben damit die Grünen abgelöst. Ihre Genese folgt trotz unter Berücksichtigung aller Unterschiede auch klaren Gemeinsamkeiten. Die Neue Rechte vertritt einen ihnen propagierten sog. „Ethno-Pluralismus“ mit dem Ziel einer kulturell homogenen Gesellschaft. Alte faschistische, nationalsozialistische und revisionistische Elemente werden zwar weiter in Bereichen der Parteien toleriert und auch immer wieder strategisch eingesetzt, sie bilden aber nicht den Kern des Erfolges dieser Parteien. Der Kern des Erfolges liegt in einer sehr langfristig angelegten Denunziation von „überwiegend muslimischen Einwanderern“ und der diskursiven Verknüpfung von Einwanderung mit innerer Sicherheit, einem Wohlfahrtstourismus, Terrorismus und der Gefährdung einer diffusen „abendländlich christlichen Identität“. Zusammen mit dem populistischen Freispruch des „kleinen Mannes“ und dem Porträt einer homogenen und korrupten politischen Elite bildet diese Ideologie eine mehr oder minder konsistente politische Konzeption, die inzwischen mindestens fünf Wählergruppen anspricht. Ihre historische Kernklientel sind Kleinunternehmer (Petite Bourgeoisie). Über den Immigrations- und anti-Globalisierungsdiskurs kommen Nicht-Wähler, Rechts-Konservative gering gebildete und verdienende Arbeiter und Rentner hinzu. Die Mobilisierung dieser Wählergruppen erfolgt primär über den Einwanderungsdiskurs. Rechtsradikale Parteien haben es geschafft dieses Thema zu besitzen und profitieren von dessen steigender Bedeutung in der öffentlichen Debatte. In politischer Verantwortung setzen sie sich entsprechend für eine Einwanderung und Integrationspolitik ein die folgenden Komponenten enthält:

- Verschärfung der Residenzpflicht.
- Verschärfung der Asylbedingungen.
- Erleichterte Abschiebung und Ausweisung.
- Erschwerter Familiennachzug.
- Erschwerter Anspruch auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen für Migranten.

- Assimilation oder Ausweisung.

Die Umsetzung in Tendenzen gelingt ihnen nicht nur direkt in Regierungsverantwortung, sondern ihre parlamentarische Präsenz reicht in vielen Fällen andere Konservative, zunehmend aber auch sozialdemokratischen und sozialistische Parteien ihre Positionierung in den Einwanderungs-, Asyl- und Integrationsfragen nach rechts zu verschieben.

In einigen Bereichen kann man aber durchaus auch von politischer Symbolik sprechen. Zwar kommt es zu verstärkten Ausweisungen von Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung, eine Massenausweisung wie von vielen rechtsradikalen Parteien gefordert war bisher in keinem der Fälle zu beobachten. Exemplarisch waren es die Berlusconi-Regierungen, die auf Druck der Lega Nord die Einwanderungspolitik verschärften, zugleich aber Millionen von Pflegekräften und Haushaltshilfen Amnestie gewährten, weil Ihnen klar war, dass diese unersetzlich waren. Gleichzeitig führte die erschwerte legale Einwanderung zu neuen Anreizen illegaler Einwanderung, insbesondere Arbeitskräfte für die Kleinunternehmer im Norden Italiens, die Wählerbasis der Lega Nord.

Der Strategie der Diskreditierung von Minderheiten und Ausländer war wie erwähnt so erfolgreich, dass breite Wählerschichten attrahiert wurden, die ökonomisch nicht zum neoliberalen Profil der rechtsradikalen passten. Nachholend realisierten die Parteien die daraus resultierenden Spannungen insbesondere dann, wenn sie Teil einer Regierung war und für Reformen verantwortlich gemacht werden konnte. In den meisten Fällen passten die Parteien ihr wirtschafts- und sozialpolitisches Profil an oder versuchten ihr Verhalten in Regierungsverantwortung möglichst unsichtbar zu halten. In vielen Fällen führten vor allem Renten- und Gesundheitspolitik aber auch zu starken internen Spannungen und zu regelrechten Zerreißproben der rechtsradikalen. Die Tendenz geht aber zu einem Klientelbasierten ökonomischen Linksruck dieser Parteien, die in folgender Konfiguration von Regierungshandeln führt:

- Wohlfahrtschauvinismus
- Steuersenkungen (insb. Kapital- und Unternehmenssteuern)
- Deregulierung und Privatisierung
- Verteidigung der Rentenausgaben (Verteidigung des Renteneintrittsalters)
- Verteidigung von Arbeitsmarkt-Insidern
- Höhere Beiträge für Outsider
- Verteidigung hoher Gesundheitsausgaben
- Erhöhte Unterstützung traditioneller Familien (Kindergeld etc...)
- Ablehnung von Aktivierungspolitik und Gleichberechtigung

Diese politischen Präferenzen führen zu einem Ende des Modernisierungsprozesses der Wohlfahrtsstaaten und sind extrem kostspielige Klientelpolitik. In Kombination mit den Steuersenkungen beobachten wir ein Musterbeispiel für „unverantwortliche Regierungsführung“, die alles in allem primär zu Staatsverschuldung führt.

## References

Afonso, A. (2013). Whose Interests Do Radical Right Parties Really Represent? The Migration Policy Agenda of the Swiss People's Party between Nativism and Neoliberalism. In *The Discourses and Politics of Migration in Europe* (pp. 17-35). Palgrave Macmillan US.

- Afonso, A. (2015). Choosing whom to betray: populist right-wing parties, welfare state reforms and the trade-off between office and votes. *European Political Science Review*, 7(02), 271-292.
- Afonso, A., & Papadopoulos, Y. (2015). How the Populist Radical Right Transformed Swiss Welfare Politics: From Compromises to Polarization. *Swiss Political Science Review*, 21(4), 617-635.
- Arzheimer, K. (2012). 4 Working-class parties 2.0?. *Class Politics and the Radical Right*, 75.
- Bornschier, S. (2010). *Cleavage politics and the populist right: the new cultural conflict in Western Europe*. Temple University Press.
- Colombo, A., & Sciortino, G. (2004). Italian immigration: the origins, nature and evolution of Italy's migratory systems. *Journal of Modern Italian Studies*, 9(1), 49-70.
- De Lange, S. L. (2007). A new winning formula? The programmatic appeal of the radical right. *Party Politics*, 13(4), 411-435.
- Fossati, F., & Häusermann, S. (2014). Social policy preferences and party choice in the 2011 Swiss elections. *Swiss Political Science Review*, 20(4), 590-611.
- Green-Pederssen, C. & Krogstrup, J. (2008). Immigration as a political issue in Denmark and Sweden. *European journal of political research*, 47(5), 610-634.
- Häusermann, S., & Walter, S. (2010). Restructuring Swiss welfare politics: post-industrial labour markets, globalization and attitudes towards social policies. *World Value Change in Switzerland*, 143-68.
- Häusermann, S., Mach, A., & Papadopoulos, Y. (2004). From corporatism to partisan politics: social policy making under strain in Switzerland. *Swiss political science review*, 10(2), 33-59.
- Kitschelt, H., & McGann, A. J. (1997). *The radical right in Western Europe: A comparative analysis*. University of Michigan Press.
- McGann, A. J., & Kitschelt, H. (2005). The radical right in the Alps: evolution of support for the Swiss SVP and Austrian FPÖ. *Party Politics*, 11(2), 147-171.
- Mudde, C. (2013). Three decades of populist radical right parties in Western Europe: So what?. *European Journal of Political Research*, 52(1), 1-19.
- Müller, W. C., Plasser, F., & Ulram, P. A. (2004). SIX Party Responses to the Erosion of Voter Loyalties in Austria: Weakness as an Advantage and Strength as a Handicap. *Political Parties and Electoral Change: Party Responses to Electoral Markets*, 145.
- Oesch, D. (2008). Explaining Workers' Support for Right-Wing Populist Parties in Western Europe: Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland. *International Political Science Review*, 29(3), 349-373.
- Orsina, G. (2014). *Berlusconism and Italy: a historical interpretation*. Springer.
- Röth, L., Spies, D., Afonso, A. (2017). The Impact of Populist Radical Right Parties on Socio-Economic Policies. *European Political Science Review*. forthcoming
- Zaslove, A. (2004). Closing the door? The ideology and impact of radical right populism on immigration policy in Austria and Italy. *Journal of Political Ideologies*, 9(1), 99-118.

Was kommt, wenn die Rechten kommen?

Röth 2017

Zaslove, A. (2011). *The re-invention of the European radical right: populism, regionalism, and the Italian Lega Nord*. McGill-Queen's Press-MQUP.